

20. VIII. 1918

Die Besprechungen im deutschen Hauptquartier.

Die polnische Frage. — Die Monarchie zum Frieden bereit und entschlossen zum weiteren Kampf.

In einem Leitartikel befaßt sich heute das „Freundenblatt“, das Beziehungen mit offiziellen Kreisen, namentlich mit dem Ministerium des Auswärtigen, unterhält, mit den Besprechungen im deutschen Hauptquartier, die sich einerseits um die polnische Frage, andererseits um die Friedensmöglichkeiten gedreht haben. In der polnischen Frage deutet das offiziöse Organ an, daß die Polen das Recht der freien Königswahl wohl ausüben können, jedoch nur in einer Weise, die den Interessen der Monarchie und Deutschlands nicht zuwiderläuft. Was die Friedensmöglichkeiten anbelangt, betont das „Freundenblatt“ mit großem Nachdruck die unentwegte Friedensbereitschaft der Monarchie und Deutschlands, sowie die unbengsame Entschlossenheit der beiden Verbündeten, das, was ihnen gehört, bis aufs Äußerste zu verteidigen. Der Artikel lautet im Wesentlichen:

Die Besprechungen am 14. und 15. August im deutschen Hauptquartier waren dazu bestimmt, die Lösung wichtiger Fragen vorzubereiten. Bei der Fülle des zu behandelnden Stoffes und der Kompliziertheit der Aufgaben konnte in der verhältnismäßig kurzen zu Gebote stehenden Zeit auf Einzelheiten nicht eingegangen werden, und es handelte sich auch von vornherein nicht darum, soweit zu gehen. Es konnten jedoch Ansichten über sämtliche Hauptpunkte ausgetauscht und durchbesprochen werden, und das Ergebnis war, wie bereits mitgeteilt, volle Übereinstimmung über die zu befolgenden Grundlinien. Bei der Intimität, die zwischen den beiden Verbündeten herrscht, und da sie beide von der Ueberzeugung ausgingen, daß festes Zusammenhalten und einbernehmliches Wirken, wie bisher, so auch künftig jedem von ihnen den besten Schutz gewährt, war dies nicht anders zu erwarten.

Die Grundgedanken also sind festgelegt worden und ihre Ausarbeitung bleibt den unmittelbar bevorstehenden Detailberatungen vorbehalten. Dies gilt vor allem von der polnischen Frage. In Oesterreich-Ungarn wurde seit jeher an dem Grundsatz festgehalten, daß die endgültige Gestaltung allerdings im Einklange mit den Interessen der Mittelmächten erfolgen müsse, die mit ihrem Blute die Befreiung Polens erkämpften, daß jedoch soweit innerhalb dieses Rahmens irgendetwas möglich, die Wünsche der polnischen Nation erfüllt werden müssen. Unsere öffentliche Meinung ist mit den Regierenden darum einig, daß auch für die künftigen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn, dem Deutschen Reiche und Polen nur nützlich sein kann, wenn zur Schaffung eines neuen Staatsbaues und bei seiner Ausführung die polnische Nation selbst, um deren Zukunft es sich handelt, mitzusprechen hat. In diesem Sinne einigte man sich auch in den Unterredungen im deutschen Hauptquartier. Daher scheint es als selbstverständlich, daß bei der Wahl ihres Königs die Polen ein entscheidendes und bindendes Votum besitzen müssen, ebenso aber ist es bei den engen Beziehungen, die zwischen den Mittelmächten und Polen herrscht, selbstverständlich, daß das Recht der freien Königswahl von den Polen nicht in der Weise ausgeübt werden kann, die dem vitalen Interesse unserer Monarchie und Deutschland widerspricht. Aber auch alle übrigen, das polnische Staatswesen betreffenden Fragen werden zwar zunächst

zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich erörtert, dann jedoch im Einvernehmen mit den Polen erledigt werden. Dadurch, daß dieses Verfahren beschlossen wurde, ist in der Entwicklung des historisch bedeutsamen polnischen Problems, die durch den Akt vom 5. November 1916 eingeleitet wurde, sicherlich ein großer Schritt getan worden.

Außer der polnischen Angelegenheit wurden auch alle Fragen erörtert, die der Krieg selbst aufwirft. Auch in dieser Hinsicht ergab sich völlige Übereinstimmung: Der Krieg wird weitergeführt, weil es unsere Feinde so wollen, welche nach wie vor auf Eroberungen ausgehen und insbesondere Oesterreich-Ungarn mit der Losreißung von Provinzen, ja mit Zerstückelung bedrohen. Unser gegenwärtiger Außenminister Graf Burian ist es, der seinerzeit im Dezember 1916 das erste Friedensangebot angeregt hat, ihn konnten die Feinde am allerwenigsten verdächtigen, daß er nicht alles, was mit der Sicherheit und Ehre der Monarchie vereinbar sei, werde tun wollen, um die Herbeiführung des Friedens zu erleichtern. Er präzisierete neuerdings seinen Standpunkt im Programm vom 16. Juli, zählte dann alle Kriegsziele unserer Feinde auf und hob dabei als diejenigen, die die kriegsführenden Parteien sachlich und wesentlich trennten, die Ententeziele territorialer Natur hervor. Er erklärte, daß er den vier Punkten Wilsons keinen Widerspruch entgegensetze und verwies darauf, daß wir unsere Feinde zu den Verhandlungen über Friedensschlüsse im Osten geladen haben und daß sie diese Friedensschlüsse hätten beeinflussen können, wenn sie an ihnen teilgenommen hätten. Er erklärte schließlich, daß unsere Friedensbereitschaft alles diskutieren lassen könne, nur nicht den unberührbaren eigenen Besitzstand. Er gebrauchte damals die Worte, daß Kriegführung und Diplomatie im Kriege demselben Zweck dienen und einander nicht ausschließen können. Dies sind noch heute die Grundsätze, zu denen unser Außenminister sich bekennt und zu ihnen bekennt sich auch die Regierung des Deutschen Reiches. Immer zu annehmbarerem Frieden bereit, sind doch die beiden Verbündeten nach wie vor unbengsam in ihrer Entschlossenheit, das, was ihnen gehört, bis aufs Äußerste zu verteidigen. Aber gleichzeitig erblicken die Mittelmächte als größte ihrer Aufgaben, einen ehrenvollen Frieden herbeizuführen und kein Mittel, keinen Weg unverzagt zu lassen, um dieses Ziel zu erreichen.